

Die Inklusion und »die denklogischen Fehler«

Der Landesbehindertenbeauftragte
Dr. Joachim Steinbrück sagt, wie der Unterricht
von behinderten und nicht behinderten
Schülergruppen besser gelingt

Karsten Krüger

Was fällt Ihnen als erstes ein, wenn sie an Inklusion in Bremen und ihre Umsetzung denken?

Als erstes das schlechte Image. Inklusion wird oft verbunden mit Problemen im Umgang mit behinderten Schülerinnen und Schülern. Die vielen guten Ansätze geraten so leider völlig aus dem Blick. Zum Beispiel läuft die Integration und Inklusion an Grundschulen oft selbstverständlich mit.

Dennoch gibt es wegen der Umsetzung unbestritten großen Frustrations an den Schulen, es gibt über- forderte Kollegien, fehlendes Personal. Was hätten Sie anders gemacht, wenn sie Bildungssenator gewesen wären, als die Inklusion beschlossen wurde?

Ich hätte als erstes 2006 den Studiengang Behindertenpädagogik an der Universität Bremen nicht geschlossen. Damals hat es massive Kritik mit dem Hinweis darauf gegeben, dass wir in Zukunft einen höheren und keinen geringeren Bedarf an sonderpädagogischen Lehrkräften haben werden. Das Zweite: Die Idee, die Inklusion über die demografische Rendite finanzieren zu können, hatte von Anfang an denklogische Fehler: Bei der Schulreform des Jahres 2009 zeichnete sich bereits ab, dass der noch wenige Jahre zuvor angenommene deutliche Rückgang der Schülerzahlen nicht eintreten würde. Außerdem sinkt der Bedarf an Lehrkräften nicht proportional zum Rückgang der Schülerzahlen. So bedeuten zwei Prozent weniger Schüler nicht automatisch zwei Prozent weniger Lehrkräfte. Die Proportionen sind andere. Das war ein ganz entscheidender Fehler. Das dritte Punkt: Mit dem Entwicklungsplan Inklusion im Jahr 2010 hatten wir eine gute Grundlage, wie der Prozess

zeitlich und inhaltlich abgewickelt werden sollte. Dieser Plan ist zu wenig beachtet worden. Zudem gab es sogar Beschleunigungen, die sich negativ ausgewirkt haben. Der Prozess hat dadurch enorm an Dynamik gewonnen. Dadurch konnte weniger gestaltet und konzeptionell gearbeitet werden. Den Schulen wurden Zusatzaufgaben auferlegt, auf die sie nicht vorbereitet waren, die sie überfordert haben. Die Förderzentren Wahrnehmung und Entwicklung sowie Lernen, Sprache und Verhalten wurden schneller als geplant aufgelöst. Auch ich habe dies damals befürwortet. Die Probleme mit der Inklusion im engeren Sinne spiegeln eigentlich die Schwäche des Bildungssystems insgesamt wider.

Was sind die Folgen, wenn die Schulen mit Zusatzaufgaben überfrachtet werden?

Wenn es vielfältigste Anforderungen gibt, stößt man schnell an die Grenzen der Belastbarkeit, insbesondere dann, wenn die dazu benötigten Ressourcen nicht da sind. Und fehlende Ressourcen wirken sich ja auch immer auf die Motivation aus. Wenn ich immer »auf dem Zahnfleisch gehe« in meiner Arbeit, dann habe ich nicht mehr das Engagement, die Bereitschaft, mich noch mehr »ins Zeug zu legen«. Auch weil das Gefühl bei vielen Betroffenen nicht vorhanden ist, da ist Licht am Ende des Tunnels, ein Silberstreif am Horizont.

Wie sollte es jetzt weiter gehen?

Es deutet sich in den Haushaltsberatungen an, dass die Ressourcen erhöht werden. Das ist auch den vielen Protesten vor allem des Bündnisses für Bildung geschuldet. Die Proteste haben deutlich gemacht, mit schlechter Bildungspolitik kann man auch Wahlen verlieren. Bremen sollte

und müsste sich jetzt offen dazu bekennen, dass es mindestens den Standard bei den Ausgaben für Schüler/in pro Jahr der anderen Stadtstaaten erreichen will. Das ist auch deshalb besonders wichtig, weil die Menschen, die im Bremer Bildungssystem arbeiten, dann erkennen könnten, es gibt eine Chance, eine Hoffnung, dass sich die Situation verbessert. Zudem müssen sofort zusätzliche Mittel in den RebuZ und den Zentren für unterstützende Pädagogik eingesetzt werden.

Ganz anders klang der Einwurf von Bürgermeister Carsten Sieling, der den Inklusionsprozess abbremsen will.

Das hat ein Bürgermeister gesagt, der in den bildungspolitischen Details gar nicht so drinsteckt. Abbremsen geht momentan gar nicht. Das würde bedeuten, den Status quo einzufrieren, die schlechte Situation aufrechtzuerhalten. Ein Reaktivieren der Förderzentren ist zudem politisch und rechtlich problematisch, weil sich die Bundesrepublik verpflichtet hat, ein inklusives Schulsystem zu entwickeln. Man sollte den Inklusionsprozess nicht abbremsen, sondern besser gestalten. Es geht darum, die Strukturen zu stärken, mehr Weiterbildung zu organisieren, mehr Studienmöglichkeiten zu schaffen.

Sie sind also ein Befürworter des Studiengangs »Inklusive Pädagogik« an der Uni Bremen?

Ja. Er wird jetzt gebraucht, nicht in den nächsten Jahren. Je früher er eingerichtet wird, desto eher wird das System entlastet.

Die Inklusion lässt sich auch deshalb nur unzureichend umsetzen, weil zu wenig Personal eingestellt ist. Und weitere Fachkräfte sind nur schwer zu finden.

Wie attraktiv ist denn der Bremische Schuldienst? Da sind andere Länder finanziell lukrativer. Wir sind bei der Bezahlung und der Besoldung wahrlich keine Spitzenreiter, im Gegenteil. Ich plädiere bei bestimmten, dringend benötigten Fachkräften auch für übertarifliche Lösungen. Die Personalpolitik muss noch kreativer werden, damit wir auch kurzfristig qualifizierte Fachkräfte in unser Bundesland bekommen. Das kostet natürlich Geld.



Dr. Joachim Steinbrück
ist ein engagierter
Verfechter für eine
nachhaltige Inklusion.